

## **Gemeinsam gegen Sozialabbau**

---

### **Gewerkschafter/innen aus Beerfelden, Hesseneck, Hirschhorn und Eberbach trafen sich am 12. Juli 2010 auf dem Pferdemarkt in Beerfelden**

BEERFELDEN / OBERZENT. Im Mittelpunkt des 4. Gewerkschaftspolitischen Frühschoppens auf dem Pferdemarkt in Beerfelden standen die aktuelle Gesundheitspolitik und das Sozialabbau-Programm der schwarz-gelben Bundesregierung. Zu dem Frühschoppen trafen sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Beerfelden, Hesseneck, Hirschhorn und Eberbach (Baden). Als Gäste konnten auch DGB-Kreisvorsitzender Harald Staier (Höchst) und DGB-Regionssekretär Horst Raupp (Darmstadt) begrüßt werden.

Die Gewerkschafter/innen erteilten der unsozialen, arbeitnehmerfeindlichen Politik der Bundesregierung eine klare Absage: „Schwarzgelb streicht und kürzt wieder einmal bei den Menschen, die ohnehin am wenigsten haben, um diejenigen zu schonen, die die Krise verursacht haben. Die Spekulanten tragen ebenso wie Spitzenverdiener, Vermögende und reiche Erben mit keinem einzigen Cent zum Sparprogramm bei“. Scharf kritisierten die Gewerkschafter/innen auch die schwarzgelbe Gesundheitspolitik: „Schwarzgelb kassiert die Arbeitnehmer/innen, die Erwerbslosen und die Rentner/innen hemmungslos ab. Durch die allgemeine Beitragserhöhung und die Erhöhung der Zusatzbeiträge kommt eine enorme Belastungswelle auf die Versicherten zu. Durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages zahlen die Versicherten alle künftigen Kostensteigerungen alleine durch dann noch höhere Zusatzbeiträge. Das ist nichts anderes wie die Einführung der von der Bevölkerung klar und eindeutig abgelehnten Kopfpauschale durch die Hintertür. Die Belastungen der Versicherten steigen ins Uferlose“. Mit Nachdruck sprachen sich die Gewerkschafter/innen für die Wiederherstellung der vollständigen paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Einführung der Solidarischen Bürgerversicherung aus: „Die Beitragsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung muss verbreitert werden. Auch Kapital- und Vermögenseinkommen müssen zur Finanzierung des Gesundheitswesens herangezogen werden“.

Alle anwesenden Gewerkschafter/innen waren sich darüber einig, dass dem Sozialkassenschlagprogramm der Bundesregierung breiter gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt werden müsse: „Gegen den Sozialabbau von oben hilft nur massiver Druck von unten“.